



## Fraktionsbericht zur Kantonsratssitzung vom 26. August 2010

Die SP-Fraktion nimmt zu den wichtigsten Geschäften der nächsten Kantonsratssitzung die folgende Haltung ein.

Die SP-Fraktion unterstützt bei der Einführung der Schweizerischen Prozessordnungen die Anträge des Obergerichts mit einer Ausnahme. Die Einführung der unentgeltlichen Mediation wird vom Obergericht abgelehnt, von uns unterstützt. Zudem finden wir es sinnvoll, dass Einzelrichter/innen in Ausnahmefällen die Behandlung eines Falles einem Kollegialgericht unterbreiten können.

Bei der zweiten Lesung des Gesetzes über soziale Einrichtungen befürwortet die SP sowohl die Möglichkeit, Pilotprojekte im Bereich Steuerung und Finanzierung zu unterstützen, wie auch die halbe Stelle für Behindertenfragen.

Den Ausbau der Sinserstrasse lehnen wir ab. Es ist nicht Aufgabe der öffentlichen Hand, die Erschliessung privater Überbauungen zu finanzieren. Zustimmung findet die Auslandhilfe.

Beim KRB über das Strassenbauprogramm 2004 – 2011 wird die SP Nicht-Eintreten beantragen. Anstatt den bestehenden Rahmenkredit korrekt abzurechnen und einen neuen Rahmenkredit aufzulegen, soll eine Aufstockung um knapp hundert Millionen vorgenommen werden. Lässt man den Nationalstrassenbau weg, für den der Kanton ja nicht mehr zuständig ist, handelt es sich sogar um eine Verdoppelung von 112 auf 234 Millionen. Begründungen für dieses absurde Vorgehen gibt es keine. Dass die Stawiko es bei einer milden Schelte bewenden lässt, irritiert uns sehr.

Zustimmen werden wir

- dem Beitritt zum neuen Zentralschweizer Polizeikonkordat: Die interkantonale Zusammenarbeit in der Zentralschweiz ist ein zwingendes Erfordernis.
- dem Kredit für die Brücke Städlerwald: Die ökologische Vernetzung mittels einer breiteren Brücke ist das Mindeste, was in diesem Gebiet noch getan werden kann.
- der Schaffung von Sozialstellen bei der kantonalen Verwaltung: Es ist erfreulich, dass die Regierung etwas tun will, um ihre Verantwortung bei der Anstellung von Menschen mit Leistungseinschränkungen wahrzunehmen. Wir unterstützen deshalb auch den Antrag von Bettina Egler, welcher eine grössere Anzahl Arbeitsplätze schaffen will.

Erfreut haben wir zur Kenntnis genommen, dass die Regierung gewillt ist, im Bereich der Armutsbekämpfung ernst zu machen. Dass sie dabei neben dem von Bettina Egler in ihrer Motion vorgeschlagenen Ansatz verschiedene Wege prüfen will, begrüßen wir.

Eher irritiert sind wir von der Antwort der Regierung auf die Interpellation zur Zuger Wanderungsbilanz. Auf einen einfachen Nenner gebracht: Die anderen Kantone haben mehr Baulandreserven. Deshalb ziehen einige Leute aus dem Kanton Zug weg. Das war's. Kein Wort vom ruinösen durch Zug verursachten Steuerwettbewerb, der das Leben im Kanton Zug unerschwinglich macht.

Eusebius Spescha